

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Sabine Schatz,

Genossinnen und Genossen

betreffend Erhalt der Wiener Zeitung als Tageszeitung

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1669 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2023 (Bundesfinanzgesetz 2023 – BFG 2023) samt Anlagen (1787 d.B.) UG 10, TOP 11

Die „Wiener Zeitung“ wurde 1703 gegründet und ist derzeit noch die älteste bestehende Tageszeitung der Welt. Sie bietet qualitativ hochwertige Berichterstattung zu den wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ereignissen. Das Archiv der „Wiener Zeitung“ wiederum gehört zum UNESCO-Dokumentenerbe. Es zeigt die Entwicklung des Pressewesens sowie des Amtlichen Nachrichtenblattes Österreichs. Die Zeitung selbst wäre auch in den Rang eines schützenswerten Kulturgutes einzuordnen und würde ebenfalls die Zuordnung zum Weltkulturerbe verdienen. Das haben bereits 2019 die leider bereits verstorbene Journalistenlegende Hugo Portisch und sein langjähriger Freund Heinz Nußbaumer festgestellt.

Trotz dieser langen Tradition und des wichtigen Beitrags zur Medienvielfalt in Österreich ist die Bundesregierung aktuell dabei, dem Bestehen der Wiener Zeitung als Tageszeitung ein Ende zu setzen. Der bereits vorliegende Begutachtungsentwurf beschränkt die Wiener Zeitung auf ein Online-Medium und sieht diese nur „nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel“ auch als Printprodukt. Zusätzlich soll ein Media Hub Austria mit Weiterbildungsmöglichkeiten für Journalist*innen, eine elektronischen Verlautbarungs- und Informationsplattform des Bundes und eine Content-Agentur Austria eingerichtet werden.

Mit der Novelle verliert die Wiener Zeitung ersatzlos ihre allergrößte Einnahmequelle, die Pflichtveröffentlichungen, und kann mit den aktuell vorgesehenen 7,5 Mio. € jährlich als Tageszeitung nicht mehr fortbestehen. (Zum Vergleich die Größenordnung der letzten bekannten Zahlen: Der Umsatz betrug im Jahr 2020 rund 21 Mio. Euro, auf Pflichtveröffentlichungen entfielen 17,6 Mio. Euro.) Trotz zahlreicher Versprechen interessierte sich die Bundesregierung bisher nicht für alternativ vorgelegte Finanzierungskonzepte, die den Weiterbetrieb der Tageszeitung ermöglicht hätten.

Noch 2018 hieß es in einer Anfragebeantwortung an die SPÖ (1003/AB von 10.08 2018): „Es gilt nun, neue innovative Geschäftsmodelle für den Entfall der Einnahmen aus Pflichtveröffentlichungen zu finden, die tatsächlich eine nachhaltige Geschäftsgrundlage für die Zukunft des Unternehmens darstellen. Aufgabe des Aufsichtsrates und der künftigen Geschäftsführung wird es sein, ein passendes Zukunftskonzept dazu zu entwickeln und in Folge zu implementieren. Der Entfall von Entgelten für Pflichtveröffentlichungen und die Implementierung von neuen Geschäftsgrundlagen des Unternehmens werden selbstverständlich Hand in Hand gehen.“ Offenbar haben Bundesregierung, Aufsichtsrat und Geschäftsführung trotz wiederholter Versprechungen bei dieser Suche nach Zukunfts-konzepten versagt.

Durch die Einstellung der Wiener Zeitung verliert Österreichs bereits stark konzentrierte Medienlandschaft eine weitere Stimme. Die für den Fortbestand der Wiener Zeitung – ohnehin überschaubaren – Mittel könnten dabei leicht anderwältig aufgetrieben werden. Um ein Beispiel zu nennen: Knapp 39 Millionen gab die schwarz-grüne Regierung 2021 für ihre Regierungsbüros aus. So viel wie noch nie – die Kosten sind in nur vier Jahren um 54 Prozent gestiegen. Sind die Gesamtkosten für die Regierungsbüros in der Koalition von Christian Kern mit Reinhold Mitterlehner noch bei rund 25 Millionen Euro gelegen, wuchsen sie unter Türkis-Blau um sechs Millionen Euro auf 31 Mio. an. Mit Türkis-Grün kam es dann zu einer weiteren Kostensteigerung auf insgesamt 39 Millionen Euro. Damit kosteten die Büros der Bundesregierung dem österreichischen Steuerzahler bereits 106.000 € pro Tag. Schaut man nur den Personenstand der Kabinette an, wurde im Vorjahr mit 257 Beschäftigten ebenfalls ein Höchststand erreicht. Unter Türkis-Blau waren es noch 220, davor 163. Eine Vielzahl dieser Beschäftigten sind im Bereich Öffentlichkeitsarbeit/PR eingesetzt. Und dass hier kein Umdenken stattfinden soll, zeigt auch das Budget 2023. Hier ist das Bundeskanzleramt wirklich großzügig bei der eigenen PR-Abteilung: Waren im Budget 2022 schon 68,5 Planstellen vorgesehen, so sind es für 2023 mittlerweile 97 Planstellen. Um dieses Geld könnten die Redakteur*innen der Wiener Zeitung, die täglich demokratiepolitisch wertvolle Arbeit leisten, leicht finanziert werden.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Fortbestand der Wiener Zeitung als Tageszeitung zu sichern und dem Nationalrat einen Regierungsentwurf vorzulegen, der – wie angekündigt – ein passendes Zukunftskonzept und eine nachhaltige Geschäftsgrundlage für die Zukunft des Unternehmens enthält.“

(Kranjc)

[Stöger]

[Döhl]

(Böckl Pötsch)

SCHATZ

